



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung  
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses Arbeit, Soziales, Pflege  
und Transformation  
Herrn Michael Hüttner, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/3601**  
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2452  
Mail: [poststelle@mastd.rlp.de](mailto:poststelle@mastd.rlp.de)  
[www.mastd.rlp.de](http://www.mastd.rlp.de)

28. März 2023

<b>Mein Aktenzeichen</b> PuK	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b> Dagmar Rhein-Schwabenbauer <a href="mailto:Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de">Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de</a>	<b>Telefon / Fax</b> 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

## 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. März 2023

hier: TOP 6

### Nominal- und Reallohnentwicklung Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Vorlage 18/3468

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. März 2023 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die gestiegenen Verbraucherpreise machen den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich zuletzt in ihren intensiv verhandelten Tarifabschlüssen den aktuellen Herausforderungen gestellt. Erkennbar ist, dass die Nominallöhne im Jahr 2022 bundesweit spürbar gestiegen sind, aber auch die sogenannte „Inflationsausgleichsprämie“ genutzt wird, um die Belastungen abzufedern. Zwischen Oktober 2022 und Ende des Jahres 2024 können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Beschäftigten einen Betrag von bis zu 3.000 Euro zusätzlich zum Gehalt zahlen, ohne dass Steuern und Sozialabgaben fällig werden. Diese Prämie ist damit für Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen attraktiv.



Sie wird von vielen Branchen genutzt, kann allerdings aus Sicht der Landesregierung eine dauerhafte Lohnerhöhung als Ausgleich der Lebenshaltungskosten nicht ersetzen. Die aktuellen Tarifkonflikte zeigen deutlich, wie sehr die Beschäftigten gerade in diesen Zeiten auf angemessene Bezahlung ihrer Arbeit angewiesen sind.

Im Jahr 2022 lag die Inflationsrate nach Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt bei 7,9 Prozent und damit so hoch wie seit etwa 70 Jahren nicht mehr. Aufgrund der Kriegssituation in der Ukraine und Lieferengpässen ist ein Ende dieser Entwicklung derzeit nicht absehbar. Für das Jahr 2023 wird im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung eine Inflationsrate von 6,0 Prozent prognostiziert sowie 2,8 Prozent für das Jahr 2024.

Wie bereits im Berichtsantrag ausgeführt, hat das Statistische Bundesamt am 1. März 2023 die aktuellen Daten der Entwicklung von Nominal- und Reallohn für das Jahr 2022 veröffentlicht. Die Verbraucherpreise legten deutlich mehr zu, als die Nominallöhne, also die Bruttoverdienste inklusive der Sonderzahlungen. Die Menschen hatten damit weniger Kaufkraft. Bundesweit sind die Reallöhne im Jahr 2022 insbesondere aufgrund des Preisanstiegs für Energie und Lebensmittel um 3,1 Prozent zurückgegangen, zum dritten Mal in Folge.

Laut Erhebungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz sind die Nominallöhne auch in Rheinland-Pfalz im Jahr 2022 überdurchschnittlich gestiegen. Der Nominallohnindex, der die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen einschließlich Sonderzahlungen abbildet, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent. Dies war der stärkste Anstieg seit dem Beginn der Zeitreihe 2008.

Die Entwicklung des Reallohnindex hängt von der Entwicklung der Verdienste und der Verbraucherpreise ab. Die deutliche Erhöhung des Nominallohnindex wurde im Jahr 2022 durch den kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise aufgezehrt. Der Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz erhöhte sich um 6,6 Prozent, da vor allem die Energie- und Nahrungsmittelpreise stark stiegen. Im Ergebnis waren die Reallöhne im Jahr 2022 trotz der deutlichen Anhebung der Nominallöhne um 1,2 Prozent niedriger als im Vorjahr.



In den verschiedenen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe lagen die Nominallöhne um 3,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. In den Dienstleistungsbereichen war eine Verdienststeigerung um 6,5 Prozent zu verzeichnen. Dieser starke Zuwachs ist allerdings zum Teil auf einen Sondereffekt im Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ zurückzuführen. Auch in den Bereichen "Gastgewerbe" (plus 27,9 Prozent), "Kunst, Unterhaltung und Erholung" (plus 21,1 Prozent) sowie "Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen" (plus 7,2 Prozent) stiegen die Nominallöhne überdurchschnittlich. Die Dienstleistungsbereiche mit Nominallohnsenkungen sind "Grundstücks- und Wohnungswesen" (minus 2,9 Prozent), "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" (minus 2,0 Prozent) sowie "Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" (minus 0,9 Prozent).

Der private Konsum ist die tragende Säule der Konjunktur. Es ist daher umso wichtiger, den privaten Konsum durch eine gute Lohnentwicklung weiterhin anzukurbeln. Dass Tarifbeschäftigte mehr verdienen als Nichttarifbeschäftigte, ist ein Fakt. Die schwindende Tarifbindung bedeutet weniger Netto bei den Beschäftigten.

Das wichtigste Instrument gegen Niedriglöhne sind Tarifverträge zur Regelung von Entgelt- und Arbeitsbedingungen und deren Allgemeinverbindlicherklärung. Durch Haustarifverträge können zusätzlich Leistungen zur Abmilderung der Inflation vereinbart werden. Mit einem auf 12 Euro die Stunde angehobenen Mindestlohn wurde zudem eine Entgelt-Basis erreicht, die zumindest existenzsichernd ist, wenn auch nur auf dem untersten Niveau.

Eine immerhin positive Aussicht ist: Die Inflation geht nach ersten Schätzungen im Jahr 2023 weiter langsam zurück. Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2023 mit einem geringeren Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 6,0 Prozent gegenüber verganginem Jahr.



Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Abmilderung insbesondere der steigenden Energie-Preise werden weiter spürbare Entlastungen bringen und das verfügbare Einkommen erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer